



## Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)  
20. November 2018, 9 Uhr und  
21. November 2018, 9 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

### **Antrag Nr. 407 (S. 295): Projektstelle für sozial- und umweltverträgliches Wohnen und zur Beratung von Wohninitiativen (Die Linke)**

Es geht um eine Vollzeitstelle, befristet bis 2020.

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Wir möchten diese Vollzeitstelle ab sofort für zwei Jahre. Die Antwort der Verwaltung hat uns zunächst sehr gut gefallen. Ich zitiere: „Die Bearbeitung des Themas Wohnen in all seinen Facetten (bezahlbar, sozial gemischt, nachhaltig, alternativ, barrierefrei, integriert usw.) gehört ohne Zweifel zu den zentralen Aufgabenfeldern zukunftsorientierter Stadtentwicklungspolitik. Insofern begrüßt die Verwaltung die Initiative zur Schaffung einer eigenen Projektstelle, die geeignet ist, bestehende Strukturen im Bereich der Wohnraumentwicklung zu vernetzen und innovative Konzepte (z. B. alternative Wohnmodelle im Alter, Bauen in Baugemeinschaften usw.) durch Beratung zu fördern.“ – Das hätte ich nicht besser sagen können. Ich habe schon blühende Landschaften gesehen, aber dann kommt der nächste Satz: „Die Verwaltung wird prüfen, inwieweit das Thema in den vorhandenen städtischen Strukturen vertieft bearbeitet werden kann. Gegebenenfalls muss im Rahmen einer späteren Stellenplanung nachgesteuert werden.“ Mit diesen beiden letzten Sätzen sind wir dann nicht mehr so glücklich. Wir sind der Meinung, dass diese Stelle jetzt gebraucht wird, aus verschiedenen Gründen. Die möchte ich Ihnen versuchen näherzubringen, möchte aber auch sagen, dass es in anderen Kommunen und auch auf Landesebene bereits Beratungsstellen und ganz verschiedene Einrichtungen gibt, die sich mit solchen Themen beschäftigen, mit Wohnformen, mit Baugruppen, und so etwas fehlt in Karlsruhe ziemlich komplett. Ich verweise z. B. auf Stuttgart, wo Baugemeinschaften vernetzt sind und in den letzten Jahren eine große Zahl von Projekten verwirklicht wurden. In Hamburg gibt es eine GmbH, die Stadtbau heißt und ein großes Aufgabenfeld hat, oder in NRW das Landesbüro innovativer Wohnformen. Überall da wird auf Probleme geantwortet, die wir in Karlsruhe auch haben. Ich sage nur: bezahlbarer Wohnraum, Platzknappheit und anderes mehr.

Was könnte so eine Stelle für Aufgaben übernehmen? Was bieten z. B. andere Städte? Was könnte uns da inspirieren? Zum Beispiel macht man dort Projektbegleitungen. Wenn Sie sich einmal im Internet anschauen, wie so eine Projektbegleitung aussieht, das kann

umfassen, dass man sich gemeinsam Modelle anschaut, wie z. B. eine Idee in einem Altbau verwirklicht werden könnte, welche Kompromisse könnten geschlossen werden. Da wird vor Ort vielfältig nach Angeboten und der Verwirklichung solcher Projekte gesucht. Man könnte Sprechstunden einrichten. Es gibt Städte, die machen inzwischen Wohnprojekte, die sehr, sehr gut angenommen werden. Man könnte – das gibt es auch schon – Baugruppenbörsen über das Internet einrichten, Gruppen vernetzen, ob das jetzt auf kommunaler Ebene ist, auf Landes- oder auch auf Bundesebene geschieht. Da gibt es vielfältige Anknüpfungspunkte. Das wären Möglichkeiten, und wir sind der Meinung, dass ein Anschluss Karlsruhes an diese schon bestehenden Einrichtungen und Netzwerke wirklich überfällig ist.

Wir sind der Meinung, dass eine wachsende Stadt in dieser Hinsicht jetzt Personal braucht, um auch qualitative Wohnideen zu entwickeln. Man sieht deutlich, dass das eine Investition wäre – das ist jetzt keine Ausgabe für einen reinen Service –, und zwar wäre das eine Investition in bezahlbaren Wohnraum. Es ist eine Investition in eine sozial- und umweltverträgliche Flächennutzung. Es wäre eine Investition in generationenübergreifendes Wohnen, und dazu sage ich nur das Stichwort soziale Beziehungen im Alter vs. einer zunehmenden Vereinsamung. Auch da wirken solche Wohnmodelle sehr gut. Wir würden das in Karlsruhe schon heute auf konkrete Vorhaben anwenden können, Sie erinnern sich an die vielen Diskussionen und an die Unruhe, die es in der Nordstadt gibt, in der Erzbergerstraße sind jetzt entsprechende Gruppen am Start. Es wäre schade, diese Menschen und ihren vorhandenen Elan um zwei Jahre zu vertrösten. Man muss nichts versprechen, aber man kann jetzt anfangen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie heute im Gemeinderat Ihr Ja geben für so eine Projektstelle, die erst einmal Versäumtes nachholen und Karlsruhe auf den Stand der Zeit bringen kann.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Frau Kollegin Zürn, Sie reden mit zugegebenermaßen vollem Elan eine Sache herbei, von der Sie überzeugt sind und glauben, das alles stimmt, was Sie sich da vorstellen. Das kann man natürlich so tun, aber das stimmt mit der Realität nicht überein. Ich gebe auch zu, dass die Verwaltungsantwort etwas missverständlich ist. Am Anfang wird viel Hoffnung gemacht, aber im Ergebnis kann man aus der Antwort nicht entnehmen, dass derzeit ein Riesenbedarf für dieses Thema vorhanden ist, dass derzeit richtiggehende Wohngruppeninteressenten Schlange stehen und um Auskunft ersuchen. Ich sehe auch keine Bedeutung, dass wir hier Netzwerkarbeit machen. Das machen die Gruppen, die sich interessieren, selbst.

Aber eines möchte ich zum Schluss noch sagen: Die Illusion, die Sie dahinter haben, dass damit unser Wohnungsproblem, die Bedarfe nach bezahlbarem Wohnraum, wie das immer so abgekürzt bezeichnet wird, gedeckt werden können, kann in keiner Weise dadurch realisiert werden.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Wir hatten ja Anfang des Jahres einen umfassenden Antrag zur Grundstücksvergabe nach Konzept gestellt, der sich genau mit dieser Thematik beschäftigte. Ich pflichte den Linken gerne bei, dass das durchaus etwas ist, wo wir ansetzen sollten, wir sollten Baugruppen tatsächlich mehr stärken. In vielen Städten in Deutschland hat sich gezeigt, dass durch Baugruppen tatsächlich neue Quartiere – auch Quartiere, in denen neue Teilareale entstehen – sehr nachhaltig in positivem Sinne beeinflusst werden

können, dass sehr viel entsteht, was dem ganzen Areal guttut – an Zusammenhalt, an Aktivitäten usw. Insofern kann man tatsächlich Baugruppen als ein Instrument der Stadtentwicklung verstehen. Das ist ein Instrument – auch wenn es bürokratisch klingt, denn es geht dabei auch um Menschen –, dem wir hier in Karlsruhe, wenn wir uns als moderne und in die Zukunft gerichtete Stadt entwickeln wollen, tatsächlich mehr Platz einräumen müssen. Sie hatten damals auf unseren Antrag erklärt, dass bis Ende des Jahres ein Rahmen vorgestellt wird. Es ist jetzt Ende des Jahres, es liegt noch nichts vor, aber vielleicht kommt noch etwas in der Dezembersitzung. Das wäre jetzt ein Anreiz, noch etwas vorzulegen. Spätestens im Januar würde ich mich darüber freuen, wenn ich noch Sätze dazu sprechen könnte.

Prinzipiell ist das, was die Linken vorschlagen, ein erster Schritt. Wir hatten das in unserem Antrag seinerzeit mehr oder weniger freigelassen und gesagt, die Verwaltung solle uns ein Konzept vorlegen: Braucht es diese Beratung oder kann das anders geregelt werden? Aber ohne Konzept und ohne Rahmen, den Sie uns vorlegen, sagen wir jetzt: Gut, dann sehen wir diese Stelle als wichtig an. Denn irgendwelche Schritte in dieser Richtung möchten wir jetzt sehen. Daher stimmen wir diesem Antrag zu.

**Stadtrat Hoyem (FDP):** Sie, Herr Oberbürgermeister, haben gestern etwas sehr Wichtiges gesagt, was in diesem Fall auch zutrifft. Es ist die erste Haushaltsberatung, die ich erlebt habe, in der über so viele Stellenschaffungen geredet wird. Das ist total gegen meine Politikauffassung. Ich denke, der Gemeinderat muss eine Forderung stellen, und dann muss die Verwaltung diskutieren und herausfinden, wie man das in die Praxis umsetzt. Wir als Gemeinderat sollten generell keine Stellenschaffungen diskutieren, das ist gegen meine Politikauffassung. Das ist das eine.

Das andere: Herr Fluhrer, Sie haben ein spannendes Planungsamt. Dort kann man das alles machen. Herzlich willkommen, Sie haben zwei gute Vorgänger gehabt.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Die SPD ist natürlich auch für Wohnbaugruppen und hofft, dass bald auch entsprechende Projekte in Angriff genommen werden können. Wir wissen auch, sowohl im Stadtplanungsamt Frau Karmann-Wössner als auch der neue Baubürgermeister sind offen für solche Angelegenheiten, für solche Unterstützung. Wir werden aber als Erstes – und das ist natürlich das Kernproblem in Karlsruhe – entsprechende Grundstücke brauchen. Es gibt ja in Tübingen – was hier immer noch sehr vorbildlich ist – große eigene Entwicklungsflächen. Wir hoffen jetzt natürlich – und das liegt auch an den GRÜNEN –, dass wir in der Zukunft Nord für die Stadt entsprechende Grundstücke erwerben und mit Bebauungsplänen öffnen können, damit Wohnbaugruppen auch Grund finden. Wenn wir dann solche Grundstücke haben, dann kann man sicher über weitere Unterstützung aus dem Stadtplanungsamt für die Wohnbaugruppen nachdenken. Sie wissen, es ist ja nicht einfach, einen Bauantrag zu schreiben, insbesondere wenn mehrere Leute zusammen etwas bauen wollen.

Ich sehe für die Zukunft gute Chancen. Im Moment muss erst die Frage geklärt werden: Wo können Wohnbaugruppen in Karlsruhe tatsächlich bauen?

**Der Vorsitzende:** Ich möchte kurz etwas zu unserer Stellungnahme sagen. Ich bin der Meinung, dass wir diese Kompetenz im Stadtplanungsamt vorhalten müssen. Wir werden jetzt auf Ihre Anregung hin schauen, wo wir das haben. Wenn wir das später in einer einzelnen Stelle bündeln müssen und dazu eine Projektstelle brauchen, dann wäre das eine

Erkenntnis. Zunächst einmal werden wir mit diesem Raster durchgehen, wo wir diese Kompetenzen haben. Ich bin sicher, wir haben sie im Grundsatz.

Das ist dann aber nicht das, Frau Zürn, was Sie sich vorstellen. Sie stellen sich eine Stelle vor, die dann auch noch einmal die Gruppen begleitet, sie vernetzt und zusammenführt. Alle diese Strukturen haben Sie beschrieben. Ich denke, wir sollten in unserer Antwort, die wir Ihnen für Ende dieses Jahres versprochen haben – ich denke, es wird eher Anfang nächsten Jahres –, noch einmal genau differenzieren, was sehen wir als unsere Aufgabe an, und welche anderen bleiben übrig. Dann können Sie das politisch neu bewerten.

Dass es hier vor Ort in Karlsruhe keine Anlaufstelle gibt, nehme ich anders wahr. Bei mir war vor eineinhalb Jahren der Geschäftsführer des Werkbundes, der ausdrücklich gesagt hat, dass er sich als Vernetzungsstelle für Baugruppen fühlt, dass er eine ganze Adressenkartei von Interessenten für Baugruppen hat, er aber einfach keine Grundstücke bekommt und wir ihm auch keine anbieten können, um das ein Stück weit umzusetzen. An einer Stelle muss ich zumindest ein Fragezeichen machen. Ich glaube, dass Baugruppen für die Stadtbildentwicklung, für Mehrgenerationenwohnen, für das Zusammenhalten eines Quartiers oder eines Stadtteils eine ganz herausragende Rolle spielen können, auch von der architektonischen und sozialen Qualität her. Was ich nicht glaube, ist, dass Baugruppen das große Problem des preisgünstigen Wohnraums quantitativ wesentlich beeinflussen können. Wir werden in Zukunft Nord die Landesflächen in absehbarer Zeit übernehmen können und dort auch die Auflage des Landes kriegen, dort Wohnungsbau zu entwickeln, und zwar möglichst preisgünstigen Wohnungsbau. Dann kommen am Ende vielleicht sogar in einen kleinen Zielkonflikt, denn wenn am Ende 70 bis 80 % Wohnungen mit Sozialbindung entstehen sollen, dann müssten wir mit den klassischen Baugruppen, die mit dieser Auflage ihre Probleme hätten – zumindest die, die ich kenne –, noch einmal diskutieren.

Wenn wir die Kriegsstraße 200 erwerben können, sehen wir auch da Möglichkeiten, mit einer Baugruppe zu agieren. Wir sind – das will ich damit sagen – da offen, wir scannen jetzt mal unsere eigenen Qualitäten durch und diskutieren dann zu gegebener Zeit, wie wir das verstärken können. Der Tübinger Weg, in der Reihenfolge der Abläufe etwas anders zu agieren und damit den Baugruppen früher einen besseren Zugang zu verschaffen. ist bei uns durchaus angekommen. Wir haben zugesagt, das in die entsprechenden Konzepte aufzunehmen.

Dann kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr entsprechendes Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

(...)